

J A H R E S B E R I C H T

1 9 8 8



GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG

J A H R E S B E R I C H T 1 9 8 8

Die Gewerkschaften und der europäische Binnenmarkt 1992

Bislang noch kein grosses Thema für die schweizerische Gewerkschaftsbewegung ist die künftige Entwicklung im Rahmen des europäischen Binnenmarktes 1992. Ausser einigen wenigen Meinungsäusserungen von Spitzenfunktionären des SGB, fehlt bislang eine grundsätzliche Stellungnahme zu diesem Thema. Ebenso vermisst man, und das wurde erst kürzlich an einer Präsidenten- und Sekretärenkonferenz der Gewerkschaftsbünde in Zürich wieder deutlich, die vertiefte Diskussion über die Europäische Gemeinschaft(EG) innerhalb des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Das ist umso bedauerlicher, da bezüglich der Europafähigkeit der Schweiz ein beträchtlicher gewerkschaftlicher Handlungsspielraum besteht. Der Forderungskatalog hiezu ist beachtlich. Er reicht von der Ratifizierung der Sozialcharta des Europarates über die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Verwirklichung der Lohngleichheit von Mann und Frau, die gegenseitige Anerkennung von Diplomen und Fähigkeitsausweisen, den arbeitnehmerfreundlichen Ausbau des Arbeits- und Arbeitsvertragsrechts, die Förderung gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen bis hin zur gesetzlichen und vertraglichen Verankerung der Mitbestimmung in den Unternehmensleitungen und Betrieben.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1957 hat die europäische Wirtschaftsgemeinschaft ein schönes Stück ihres Weges zurückgelegt. Dazu einige Stationen.

1965 wurde die Wirtschaftsgemeinschaft mit der bereits 1951 gegründeten Montanunion(Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) und der ebenfalls 1957 geschaffenen Europäischen Atomgemeinschaft zusammengeschlossen.

Eine erste Erweiterung der EG erfolgte 1972. Nebst den Gründerstaaten Belgien, BR Deutschland, Holland, Italien, Frankreich und Luxemburg traten ihr damals Dänemark, Grossbritannien und Irland bei.

1981 erfolgte der Beitritt von Griechenland und 1986 von Spanien und Portugal. Die EG stellt heute mit ihren 12 Mitgliedstaaten einen Markt von 320 Millionen Menschen dar und ist damit das grösste Marktpotential mit einem Anteil von gegen 40 Prozent am weltweiten Güterhandel.

Verwirklicht wurden bis anhin:

- 1968 Vollendung der Zollunion d.h. Wegfall der Zölle innerhalb der EG und gemeinsame Aussenzölle
- Im gleichen Jahr 1968 wurde die Freizügigkeit der Arbeitskräfte verwirklicht
- 1970 wurde die gemeinsame Wettbewerbspolitik im wesentlichen vollendet
- Zustandekommen einer gemeinsamen Agrarpolitik im Jahre 1971
- Schaffung der Mehrwertsteuer die in allen Mitgliedsländern zur Anwendung kommt
- 1979 Schaffung des europäischen Währungssystems. Einführung des ECU. Ausgenommen davon sind allerdings Grossbritannien, Griechenland, Portugal und Spanien.

In einem Weissbuch das von der EG-Kommission erarbeitet wurde, wurden Vorschläge für die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes gemacht. Im Jahre 1985 stimmten die Regierungen der 12 Mitgliedsländer den Vorschlägen zu mit dem Ziel, bis 1992 den Binnenmarkt zu realisieren.

Die vorgesehenen Massnahmen lassen sich in folgende Kategorien einreihen:

- völlige Aufhebung der internen Grenzkontrollen
- Abschaffung der technischen und rechtlichen Handelshemmnisse im innergemeinschaftlichen Verkehr
- Beseitigung der fiskalischen Grenzen durch Angleichung der Mehrwertsteuersätze und den speziellen Verbrauchssteuern

Der in Gang gesetzte Mechanismus zur Vollendung des Binnenmarktes weckte den Wunsch nach einer Verstärkung der politischen Integration. Dies geschah mit der "Einheitlichen Europäischen Akte" die 1987 in Kraft trat. Unter anderem wird darin die Einstimmigkeit durch die Mehrheitsentscheidung ersetzt, wenn es um Beschlüsse

geht, die mit der Errichtung des Binnenmarktes zusammenhängen. Und erstmals wurde die Zusammenarbeit auch in der Aussenpolitik rechtlich abgesichert. Im weiteren werden dem EG-Parlament einige neue Kompetenzen im Zusammenhang mit EG-Beschlüssen eingeräumt.

Die Schweiz und auch andere ausserhalb der EG stehende Länder werden sich also künftig vermehrt mit den Auswirkungen (positive und negative) des EG-Binnenmarktes zu befassen haben. Dabei ist für uns Gewerkschafter wichtig zu wissen, welches Europa im Entstehen begriffen ist. Wird es ein für Händler und Unternehmer interessanter Markt- und Wirtschaftsraum oder wird es ein menschenwürdiger Lebensraum, in dem die über 300 Millionen Europäer eine Heimat finden.

Am 3. Mai, 1988 fand die ordentliche Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug statt. In den Vorstand wurden dabei die folgenden Kolleginnen und Kollegen gewählt:

Othmar Romer,	Präsident
Heidy Jans-Dejung,	Vizepräsidentin
Arthur Weiss	Sekretär
Hans Eberli	Kassier
Othmar Birri	
Romolo Calvinini	
Josy Von Wyl	
Thomas Fraefel	
Hans Rüegg	
Hans Suter	
Thomas Näf	

Revisoren:

Josef Huber
Siegfried Imholz
Martin Lustenberger

Im Verlaufe des Jahres trat infolge Wohnortswechsel Thomas Näf

aus dem Vorstand zurück. Anlässlich der kommenden Delegiertenversammlung wird eine Ersatzwahl zu treffen sein.

Die 1.Mai-Feier 1988 stand diesmal unter Devise "Mehr Zeit für uns - 40 Stunden-Woche". Als Referenten stellten sich Paul Huber, Regierungsrat Luzern, Sibilla Schmid, Baar und Salvatore Tizzone, Zug zur Verfügung. Umrahmt wurde die Maifeier wiederum durch ein Musikkorps. Eher ein betrübliches Kapitel ist die Teilnahme. Lediglich ca. 150 Personen fanden den Weg zur Rössliwiese in Zug. Ebenfalls das im Anschluss stattgefundene 1.Mai-Fest im Jugendzentrum vermochte die Massen nicht zu mobilisieren.

Folglich befasste sich der Vorstand mit der Form des 1.Mai. Dabei wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben am bisherigen Konzept ohne grosse Änderungen festzuhalten. Wir erachten es als primäre Aufgabe unserer Sektionen auf die 1.Mai-Veranstaltung hinzuweisen und ihre Mitglieder zu mobilisieren.

Die Wirtschaftsentwicklung im Kanton Zug war und bleibt auch künftig Gesprächsstoff innerhalb des GBZ. Verschiedentlich befasste sich eine interne Arbeitsgruppe mit der vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Studie über die Wirtschaftsentwicklung. Zusammen mit einer Arbeitsgruppe der Sozialdemokratischen Partei Kt.Zug wird die Studie analysiert.

In der Studie wird bereits Bekanntes bestätigt z.B., dass der Wohnungsmarkt zu einem reinen Verkäufermarkt verkommen ist und dass im Zusammenhang damit, ein Normalverdiener in der Stadt kaum noch Wohnraum vorfindet. Dies führt zur Abwanderung in die Nachbargemeinden, was wiederum den enormen Pendlerverkehr auslöst.

Demnächst wird sich die Geschäftsleitung der Soz.-Dem. Partei des Kt.Zug und der Vorstand GBZ zu einem gemeinsamen Gespräch zu diesem Thema treffen.

Eine Abendveranstaltung am 19.Mai, 1988 zur 10.AHV-Revision mit Rita Schiavi, Basel befasste sich speziell mit den gewerkschaftlichen Aspekten der Revisionsabsichten. Bekanntlich steht die 10.AHV-Revision seit längerer Zeit schon zur Diskussion. SPS und SGB haben gemeinsame Vorschläge entwickelt. Organisiert wurde die Veranstaltung durch die SMUV-Frauengruppe

bezw. durch deren Präsidentin Sibilla Schmid.

Eine ganztägige Bildungsveranstaltung zum Thema Flexibilisierung der Arbeitszeiten fand am 21. Oktober, 1988 in Zug statt. Als Referenten konnten die Kollegen Hans Schächli, Präsident GTCP und Agostino Tarabusi, Zentralsekretär SMUV verpflichtet werden. Dabei ging es um die Darstellung der unterschiedlichen Standpunkte bezüglich flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit. An der von Bruno Bollinger organisierten Tagung nahmen 16 Personen teil.

Gewerkschaftspolitisches Hauptthema war im Berichtsjahr die 40 Std.-Woche-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Obwohl die Herabsetzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeiten stufenweise vorgesehen war, gelang es den Gewerkschaften nicht eine Mehrheit für die Initiative zu finden. Sie wurde gesamtschweizerisch mit 768'820 JA gegen 1'476'057 NEIN deutlich abgelehnt. Trotz erheblichem Einsatz gelang es auch im Kanton Zug nicht, dafür eine Mehrheit zu erlangen.

In den meisten Branchen konnte im Jahre 1988 der volle Teuerungsausgleich und auch Realloohnerhöhungen durchgesetzt werden. Auch die kantonalen Angestellten und Beamten kamen auf Grund einer kantonsrätlichen Motion die von Gewerkschaftsseite lanciert wurde, in den längst fälligen Genuss einer Realloohnerhöhung. Ähnliche Erhöhungen der Salärbezüge wurden inzwischen im gesamten öffentlichen Bereich realisiert.

Die Beschäftigungslage im Kanton Zug ist nach wie vor ausgezeichnet. In einzelnen Branchen herrscht ein ausgesprochener Arbeitskräftemangel. Dies gilt insbesondere für das gesamte Gebiet der Informatik und auch für höher qualifizierte technische Berufe, sowie für das Gast- und Hotelleriegewerbe.

Auf Jahresende 1988 wurden im Kanton Zug insgesamt 153 Ganzarbeitslose registriert. Teilarbeitslose gab es keine.

Auf die einzelnen Monate verteilt ergibt sich folgendes Bild:

	<u>Ganzarbeitslose</u>	<u>Kurzarbeitende</u>
Januar	164 (183)	2 (634)
Februar	153 (183)	6 (359)
März	159 (214)	7 (112)

	<u>Ganzarbeitslose</u>	<u>Kurzarbeitende</u>
April	147 (128)	6 (0)
Mai	136 (161)	2 (12)
Juni	124 (187)	159(19)
Juli	130 (153)	81 (2)
August	131 (156)	31 (16)
September	127 (148)	0 (14)
Oktober	130 (134)	0 (14)
November	125 (140)	0 (4)
Dezember	153 (164)	(0)

In Klammern Zahlen des Vorjahres.

Dies ergibt eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 140 Personen. Vorjahr 162 Personen.

Eine erfreuliche Entwicklung ist bei den Mitgliederbeständen einzelner Sektionen zu melden. Ende 1988 konnten im Gewerkschaftsbund des Kantons Zug insgesamt 1480 Mitglieder ausgewiesen werden. Das sind gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 98 Mitgliedern.

Sektionen/Gruppen	<u>1985</u>	<u>1986</u>	<u>1987</u>	<u>1988</u>
SMUV	636	670	673	715
GBH	280	281	277	328
GDP	48	47	45	40
VPOD	100	97	98	101
GTCP Baar	20	19	16	24
VHTL	31	29	29	24
PTT-Union Post	55	51	51	56
PTT-Union Telefon	32	28	28	29
PTT-VSPB	16	14	15	17
SEV/LPV	8	6	5	7
SEV/SBV	53	50	53	58
SEV/ZPV	17	14	14	14
SEV/RPV	22	20	16	15
SEV/APV	35	36	36	33
SEV/VAS	15	25	20	15
SEV/WPV	8	6	6	4
Total	1396	1383	1382	1480

Abschliessend danke ich allen Kolleginnen und Kollegen die sich in irgendeiner Form der Gewerkschaftsbewegung zur Verfügung gestellt haben.

Diesen Dank verdienen insbesondere meine Vorstandsmitglieder, aber auch die Kolleginnen und Kollegen in den Sektionen.

Feststellen zu dürfen, dass die Mitgliederzahlen wiederum nach oben zeigen, ist das Verdienst einzelner Gewerkschaftskollegen. Dafür recht herzlichen Dank.

Othmar Romer
Präsident